

II-385 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
X. Gesetzgebungsperiode

3.7.1964

126/A.B.
zu 139/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundesministers für Justiz Dr. B r o d a
auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Dipl.-Ing. Ludwig W e i ß und
Genossen,
betreffend Besetzung des Vizepräsidentenpostens beim Landesgericht in
Klagenfurt.

-.---.---.--.

Die mir am 2. Juli 1964 zugekommene Anfrage der Abgeordneten
Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß, Hermann Gruber, Dr. Weißmann und Genossen,
betreffend die Besetzung des Vizepräsidentenpostens beim Landesgericht in
Klagenfurt, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zur Frage 1 (Ist seit 1945 eine Nichtberücksichtigung von Personal-
senatsvorschlägen vorgekommen?);

Eine Nichtberücksichtigung von Personalsenatsvorschlägen ist im Falle
des pensionierten Ersten Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Dr. Franz
Handler vorgekommen, weil dessen Ernennung vom Generalprokurator zum
Senatspräsidenten beim Obersten Gerichtshof gegen den Vorschlag des Perso-
nalsenates des Obersten Gerichtshofes erfolgt ist.

Zur Frage 2 und 3 (Welche sachlichen Gründe waren für den Bundes-
minister massgebend, von der ständigen Praxis, keinen Bewerber zu ernennen,
der nicht wenigstens in einen der Personalsenatsvorschläge aufgenommen ist,
bei Ernennung auf Richterposten abzugeben, bzw. warum wurde dem obgenannten
Bewerber aus dem Richterstande trotz besseren Ranges und gleicher Qualifi-
kation, weitaus längerer Gerichtserfahrung usw., Dr. Steyskal vorgezogen?):

Im gegenständlichen Fall wurde von der Übung, nur in die Personal-
senatsvorschläge aufgenommene Bewerber zu ernennen, aus folgenden Gründen
abgegangen:

a) Erster Staatsanwalt Dr. Emil Steyskal ist für den ausgeschriebenen
Posten von seiner vorgesetzten Dienststelle, der Oberstaatsanwaltschaft
Graz, als ausgezeichnet geeignet beurteilt worden, während eine solche Be-
fähigkeit den im Personalsenatsvorschlag genannten Bewerbern nicht zuerkannt
worden ist. Nach den Grundsätzen des Leistungsprinzips war daher Dr. Steyskal
schon aus diesem Grunde den übrigen Bewerbern vorzuziehen.

b) Darüber hinaus hat aber Erster Staatsanwalt Dr. Steyskal eine
Qualifikation mit dem Prädikat "ausgezeichnet" seit 17. März 1956, während
der in der Anfrage genannte Bewerber eine solche Qualifikation erst seit

- 2 -

126/A.B.
zu 139/J

3 Monaten (19. März 1964, Tag der Erstattung des Personalsenatsvorschlages des Oberlandesgerichtes Graz) besitzt, wobei der Personalsenat noch überdies eine einschränkende Bemerkung über seine Arbeitskraft gemacht hat.

c) Erster Staatsanwalt Dr. Steyskal hat bisher einen höheren Dienstposten inne (Leiter einer Staatsanwaltschaft) gegenüber dem von den Anfragestellern in Vergleich gezogenen Bewerber, der Senatsvorsitzender ist. Ausserdem besitzt er als bisheriger Behördenleiter gegenüber diesem den Vorzug der Praxis in Justizverwaltungsangelegenheiten.

Zur Frage 4 (Ist der Bundesminister bereit, sich künftig an die bewährte Praxis, Vorschläge unabhängiger richterlicher Personalsenate zu berücksichtigen, zu halten?);

Ich werde in Zukunft so wie bisher die Vorschläge der Personalsenate berücksichtigen, falls ich sie im Rahmen der Ministerverantwortlichkeit vertreten kann.

Im übrigen verweise ich auf meine dem Herrn Abgeordneten zum Nationalrat Hubert Zankl in der mündlichen Fragestunde der Sitzung des Nationalrates vom 1. Juli 1964 erteilte mündliche Antwort.